

Tätigkeitsbericht 2023

A. Berufspolitik und Selbstverwaltung

1. Berufspolitische Themen

Veränderungen in der Struktur der Anwaltschaft

Wenn sich auch die Anzahl der Zulassungen im Kammerbezirk Bremen in den vergangenen Jahren zwischen 1800 und 1850 einpendelt hat, so verändert sich doch die Struktur der Mitgliederschaft der HRAK Bremen kontinuierlich: So macht inzwischen allein der Anteil der Syndikusrechtsanwältinnen und -rechtsanwälte ca. 10% der Mitgliederzahlen aus. Ebenso konstant steigt die Anzahl der Kolleginnen und Kollegen, die in einem anwaltlichen Anstellungsverhältnis stehen. Bei 46 Mitgliedern handelt es sich um Berufsausübungsgesellschaften (größtenteils zugelassen nach der großen BRAO-Reform 2022). Ist in einer interdisziplinären Berufsausübungsgesellschaft ein „Nicht-Anwalt“ (zB Steuerberater, Patentanwalt) zum Geschäftsführer bestellt, wird auch dieser gem. § 60 Abs. 2 Nr. 3 BRAO Mitglied der Rechtsanwaltskammer, in Bremen immerhin 50 an der Zahl.

Damit zeigt sich auch im Land Bremen der bundesweite Trend: Die Einheiten, in denen der Anwaltsberuf ausgeübt wird, werden größer, der Anteil der in Anstellungsverhältnissen tätigen Anwältinnen und Anwälte steigt. Die Anzahl der freiberuflich in Einzel- oder in kleineren Kanzleien tätigen Anwältinnen und Anwälte geht zurück.

Fachkräftemangel bei den ReNo-Fachangestellten

Die Zeiten, in denen dieses Thema traditionell am Ende eines Tätigkeitsberichts stand, sind endgültig vorbei. Der Fachkräftemangel nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an. Anschaulich wird die Entwicklung beim Besuch der Freisprechungsfeier der Bremer Absolventinnen. Präsident und Geschäftsführer erinnern sich noch an Zeiten, in denen an die 100 Absolventinnen gewürdigt und verabschiedet wurden. Auf der Feier am 03. Juli 2023 wurden 22 Abschlusszeugnisse überreicht.

Die Kammer versucht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegenzuhalten. Die Zahl der neu eingetragenen Ausbildungsverhältnisse blieb – wenn auch auf zu niedrigem Niveau – konstant zum Vorjahr. Die Kampagne für den Ausbildungsberuf wird weiter betrieben. Es wurde 2023 auf 9 Schulmessen über den ReNo-Beruf informiert und der direkte Austausch mit interessierten Schülerinnen und Schülern gesucht. Diese Einsätze werden von Mitgliedern des sog. ReNo-Pools bestritten, bestehend aus Kolleginnen und Kollegen, Kanzleimitarbeiterinnen und -mitarbeitern.

Der von der Kammer initiierte Instagram-Kanal mit der Marke „Werde.ReNo.Bremen“ wurde durch die beauftragte PR-Agentur weiter etabliert und zieht auch dank der Mithilfe einzelner Kolleginnen und Kollegen langsam größere Kreise. Der Bremische Anwaltsverein hat für 2023 erneut seine Unterstützung für die ReNo-Kampagne zugesagt (vielen Dank!).

Eine ganz andere Initiative zur Situation in der Berufsausbildung wirkt aus Sicht der HRAK Bremen dagegen kontraproduktiv: Die Bremer Bürgerschaft verabschiedete trotz heftiger Diskussion und erheblicher politischer Widerstände am 22.03.2023 das Gesetz zur Errichtung eines Ausbildungsunterstützungsfonds im Land Bremen (AusbUFG). Das zum 15.04.2023 in Kraft getretene Gesetz verpflichtet Betriebe, die nicht ausbilden, zur Zahlung einer Abgabe. Die Mittel fließen in einen Fonds, aus dem wiederum Ausbildungsbetriebe Ausgleichszahlungen erhalten und zudem ausbildungsfördernde Maßnahmen (Beratung für Arbeitgeber, Auszubildende; Förderung von Verbundausbildung etc.) finanziert werden.

Der Kammervorstand ist sich in der Ablehnung dieses Gesetzes mit Handelskammer, der Handwerkskammer, der ganz überwiegenden Mehrheit der Kammern der freien Berufe und weiteren Arbeitgeberverbänden einig: Das Gesetz zielt am Problem vorbei, die vorgesehenen Instrumentarien sind ungeeignet, das Problem des Fachkräftemangels zu lösen. Arbeitgeber (also auch Anwaltskanzleien) werden ohne sachlichen Grund belastet. Die Anwaltschaft würde ja gerne ausbilden, sie sucht händeringend nach geeigneten Bewerbern, findet sie nur leider nicht. Wie soll eine Zwangsabgabe dieses Problem lösen?

Dass die eingezogenen Mittel zielgerichtet in ausbildungsfördernde Maßnahmen fließen, die zu mehr Ausbildungsverhältnissen führen, muss bezweifelt werden. Der Katalog an vorgesehenen Maßnahmen ist weder neu noch besonders innovativ. Vielmehr zeichnet sich ab, dass ein weiterer kostenträchtiger Verwaltungsapparat geschaffen wird.

Das Gesetz zur Errichtung des Fonds und Erhebung der Zwangsabgabe war auch Thema auf der Kammerversammlung am 15.03.2023. Die Versammlung verabschiedete (ohne Gegenstimme und bei 3 Enthaltungen) folgende Resolution:

„Die Hanseatische Rechtsanwaltskammer Bremen bewertet das Vorhaben des Bremer Senats zur Erhebung einer Ausbildungsabgabe als ungeeignet und unverhältnismäßig: Auch in ihrem Aufgabenbereich fehlt es nicht an Ausbildungsplätzen, sondern an Bewerbungen. Sie unterstützt daher den Protest der anderen Kammern und Verbände sowie die rechtliche Überprüfung des geplanten Gesetzes.“

Das klare Votum der Kammerversammlung war mit ausschlaggebend für die Entscheidung des Vorstands, sich der Normenkontrollklage der Handelskammer und der Handwerkskammer gegen das Gesetz anzuschließen. Die Klage ist anhängig. Außer Handelskammer, Handwerkskammer, Zahnärztekammer und Apothekerkammer ist zuletzt auch die Ärztekammer Bremen der Klage beigetreten.

Auseinandersetzung mit der Landesdatenschutzbeauftragten über anwaltliche e-mail-Kommunikation

Im April des Jahres erhielt der Vorstand Post von der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (LfDI) des Landes Bremen. Die LfDI teilte ihre Wahrnehmung mit, wonach Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte bei der e-mail-Kommunikation mit ihren Mandanten datenschutzrechtliche Sensibilität vermissen ließen und mahnte technisch-organisatorische Maßnahmen insbesondere zur Ende-zu-Ende-Verschlüsselung von Nachrichten gemäß der Vorgaben der Datenschutzgrundverordnung an. Die LfDI bat den Vorstand, die Kammermitglieder insofern zu unterrichten, auch zur Vermeidung von Ordnungswidrigkeitenverfahren.

Der Vorstand unterrichtete die Kammermitglieder – allerdings nicht, ohne auch die eigene Position deutlich zu machen:

- die (von den gängigen Mailprogrammen standardmäßig geleistete) Transport-verschlüsselung gewährt hinreichenden Nachrichtenschutz,

- Rechtsanwalt und Mandant können sich auf einen Grad der Nachrichtenverschlüsselung verständigen (Einwilligung).

Nachfolgend agierte der Vorstand zweigleisig:

Die Vorbereitungen zur Erhebung einer Klage vor dem Verwaltungsgericht wurden aufgenommen und vorbereitende Gespräche mit einem Verfahrensbevollmächtigten geführt.

Parallel dazu nahmen Mitglieder des Vorstands das Gespräch mit der LfDI auf: Wenn auch ein erster Anfang November geführter Austausch keine Verständigung ergab, wurde doch immerhin ein gemeinsames Verständnis dafür entwickelt, dass es unterschiedliche Grade der Sensibilität von Nachrichteninhalten gibt, die als Ergebnis einer entsprechenden Risikoabwägung auch in adäquater Weise kommuniziert und ggf. auch verschlüsselt werden können, bzw. müssen.

(Nachtrag 2024: In einer zweiten Gesprächsrunde am 08.01.2024 wurden technische Möglichkeiten einer effektiven und DSGVO-konformen Verschlüsselung erörtert, so die (von einigen Kanzleisoftware-Programmen angebotene) sogenannte *Portal*-Variante, Techniken der Ende-zu-Ende-Verschlüsselung wie insb. PGP-Verschlüsselung oder S/MIME-Verschlüsselung, sowie die Übermittlung eines verschlüsselten Datei-Anhangs per E-Mail.

Auch nach diesem Gespräch und diesen Zwischenergebnissen muss der Vorstand jedoch festhalten, dass in wesentlichen Punkten unverändert unterschiedliche Auffassungen bestehen, insbesondere zur Schutzwirkung durch die gängige Transportverschlüsselung sowie zur Möglichkeit der Einwilligung der Beteiligten in einen gewissen Verschlüsselungsstandard.

Die Klage gegen die Vorgaben der LfDI bleibt somit eine Option, jedoch wäre eine Klage durch die HRAK Bremen selbst mit einem verwaltungsprozessrechtlichen Risiko (Feststellungsinteresse/Aktivlegitimation) behaftet.

Der Vorstand wird daher zunächst abwarten, ob die aus Kreisen der Kammermitglieder in Aussicht gestellte Klage durch eine Anwaltskanzlei eingereicht wird.

Auch besteht Hoffnung, dass in Folge der personellen Veränderung an der Spitze der Datenschutzbehörde eine gewisse Beruhigung der Situation eintritt.)

2. Selbstverwaltung Kammerversammlung

Die Kammerversammlung 2023 fand mit 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern erstmals in der Nach-Corona-Zeit wieder im Schwurgerichtssaal des Landgerichts statt. Neben dem Haushalt und der Beitragsordnung war insbesondere das Gesetz zur Errichtung eines Ausbildungsunterstützungsfonds thematischer Schwerpunkt (siehe oben).

Wahlen zur Satzungsversammlung

Bei wieder einmal sehr respektabler Wahlbeteiligung (36,9 %) wählten die Kammermitglieder im März/April des Jahres erneut Frau Kollegin Edith Kindermann zum stimmberechtigten Mitglied der 8. Satzungsversammlung bei der Bundesrechtsanwaltskammer (Wahlperiode 2023 bis 2027).

Vorstandstätigkeit

Im Berichtszeitraum 2023 fanden 11 Sitzungen des Vorstands statt. Außer den regelmäßigen Tagesordnungspunkten wie Vor- und Nachbereitung der BRAK-Hauptversammlungen, Zulassungssachen, Kanzleiabwicklungen, ReNo-Ausbildung und Prüfungswesen, Fachanwaltschaften, Angelegenheiten der Berufs- und der Gelwäscheaufsicht wurden insbesondere folgende Themen (zum Teil auch wiederholt) behandelt:

- Gesetz zur Errichtung eines „Ausbildungsunterstützungsfonds“ im Land Bremen
- Stand der Gesetzgebung

- Möglichkeiten der Abwehr
- Normenkontrollklage
- Auseinandersetzung mit der Landesdatenschutzbeauftragten über Anforderungen an die Verschlüsselung anwaltlicher e-mails
- RVG-Erhöhung – Eckpunktepapier von DAV und BRAK
- Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG)
- Digitalisierung der Justiz – Bund-Länder-Gipfel 25./26.05.2023
- Gesetz zur digitalen Dokumentation der strafrechtlichen Hauptverhandlung
- EuGH-Vorlageverfahren zum Fremdbesitzverbot an Anwaltskanzleien
 - Veranstaltung „Prozess als Investment“ 10.11.2023 in Hannover
- Anhebung des Zuständigkeitsstreitwerts für die Amtsgerichte
- „Wachstumschancengesetz“ – Auswirkungen auf die Anwaltschaft
- ReNo-Ausbildung
 - Anzeigenschaltung zur Werbung für den Ausbildungsberuf
 - Anheben der Empfehlung zur Höhe der Ausbildungsvergütung
 - Missstände bei Ausbildung in Kanzlei
- Höhe der Vergütung von Kanzleiabwicklern (bei Festsetzung durch die Kammer)
- Bestellung neuer Richterinnen und Richter beim Amtsgericht Bremen
- Gespräch mit dem Ausbildungspersonalrat über die Situation in der Referendarausbildung
- Entwicklung im Anwaltsnotariat (Urkundszahlen/Stellenausschreibungen)
- Besuch der Präsidien der niedersächsischen Rechtsanwaltskammern in Bremen
- 1. Justizempfang (neues Format zur Pflege des Austauschs zwischen Vorstand und den Spitzen der Gerichte im Land Bremen)

B. Statistik

1. Kammermitglieder

Die Zahl der Kammermitglieder
betrug am 01. Januar 2023
davon

1.829 Kammerangehörige
1.596 Rechtsanwälte (Einzelzulassung)
4 Anwälte gem. EuRAG
(2 Abogada - Spanien)
(1 Advocate - Litauen)
(1 Advocaat - Niederlande)
8 Anwälte gem. §§ 206, 207 BRAO
(2 Solicitor - England)
(1 Orech-Din - Israel)
(1 Muhami - Ägypten)
(1 Attorney at Law - USA)
(1 Advocat - Russland)
(2 Avukat - Türkei)
116 SyndikusRAe (Doppelzulassung)
43 SyndikusRAe (Einzelzulassung)
2 Rechtsbeistände
26 Mitglieder gem. § 60 Abs. 2 Nr. 3 BRAO
12 RA-GmbHs
1 RA-GmbH & Co. KG
33 PartGmbH

Neu zugelassen wurden im Berichtsjahr 2023

98 Rechtsanwälte
(davon 5 SyndikusRAe mit Einzelzulassung)
13 Berufsausübungsgesellschaften
(davon 9 PartGmbH
3 GmbHs
1 AG)

Im Laufe des Jahres 2023 schieden aus

91 Rechtsanwälte
3 RA-GmbHs

Stand am 31. Dezember 2023
davon

1.844 Kammerangehörige
1.573 Rechtsanwälte (Einzelzulassung)
4 Anwälte gem. EuRAG
(2 Abogada - Spanien)
(1 Advocate - Litauen)
(1 Advocaat- Niederlande)
8 Anwälte gem. §§ 206, 207 BRAO
(2 Solicitor - England)
(1 Orech-Din - Israel)
(1 Muhami - Ägypten)
(1 Attorney at Law - USA)
(1 Advocat - Russland)
(2 Avukat - Türkei)
116 SyndikusRAe (Doppelzulassung)
45 SyndikusRAe (Einzelzulassung)
2 Rechtsbeistände
52 Mitglieder gem. § 60 Abs. 2 Nr. 3 BRAO
14 RA-GmbHs
1 RA-GmbH & Co. KG
1 AG
40 PartGmbH

Anzahl der **Fachanwältinnen und Fachanwälte** am 31.12.2023

für Arbeitsrecht	142
für Bank- u.- Kapitalmarktrecht	24
für Bau- u. Architektenrecht	41
für Erbrecht	26
für Familienrecht	92
für gewerbl. Rechtsschutz	20
für Handels- u. Gesellschaftsrecht	44
für Informationstechnologierecht	6
für Insolvenz- und Sanierungsrecht	40
für Internationales Wirtschaftsrecht	3
für Medizinrecht	23
für Miet- u. Wohnungseigentumsrecht	42
für Migrationsrecht	1
für Sozialrecht	14
für Sportrecht	1
für Steuerrecht	71
für Strafrecht	60
für Transport- u. Speditionsrecht	12
für Urheber- und Medienrecht	7
für Vergaberecht	11
für Verkehrsrecht	42
für Versicherungsrecht	23
für Verwaltungsrecht	18

2. Vorstand

Rechtsanwalt Jan Büsing	Präsident
Rechtsanwalt Axel Adamietz	Vizepräsident
Rechtsanwalt Dr. Sven Klook	Schriftführer
Rechtsanwältin Jennifer Jakobi	Schatzmeisterin
Rechtsanwalt Dr. Jochen Bachmann	
Rechtsanwalt Eugen Becker	
Rechtsanwältin Angela Beckmann	
Rechtsanwältin Dr. Monika Beckmann-Petey	
Rechtsanwältin Barbara Kopp	
Rechtsanwalt Malte Lehmkuhl	
Rechtsanwalt Philip Martel	
Rechtsanwalt Thomas Morgenstern	
Rechtsanwalt Kyrulf Petersen	
Rechtsanwalt Rouven Plöger	

Geschäftsführer	Rechtsanwalt Renzo Hille
Referentin	Rechtsanwältin Julia Vinnen
Referentin	Rechtsanwältin Tanja Adrians
Juristischer Mitarbeiter	Rechtsanwalt Dieter Garling (bis 31.05.2023)

3. Abteilungen des Vorstands und der Kammer

Abteilung für Zulassungssachen

Rechtsanwalt Jan Büsing
Rechtsanwältin Dr. Monika Beckmann-Petey
Rechtsanwältin Jennifer Jakobi
Rechtsanwältin Angela Beckmann als Vertreterin

Abteilung für Gebührensachen

Rechtsanwalt Dr. Sven Klook
Rechtsanwältin Barbara Kopp

Rechtsanwalt Philip Martel
Rechtsanwalt Eugen Becker
Rechtsanwalt Malte Lehmkuhl

Abteilung ReNo-Ausbildung

Rechtsanwältin Barbara Kopp
Rechtsanwalt Thomas Morgenstern
Rechtsanwalt Rouven Plöger
Rechtsanwalt Malte Lehmkuhl
Rechtsanwalt Eugen Becker

Abteilung Geldwäschaufsicht

Rechtsanwalt Dr. Jochen Bachmann (Vorsitzender)
Rechtsanwalt Eugen Becker
Rechtsanwalt Philip Martel

Abteilungen für Aufsichts- und Beschwerdesachen:

A. zuständig für die Buchstaben A-M
Rechtsanwältin Angela Beckmann, Vorsitzende
Rechtsanwältin Barbara Kopp
Rechtsanwalt Kyrulf Petersen
Vertreterin: Rechtsanwältin Dr. Monika Beckmann-Petey

nicht stimmberechtigte ständige Mitarbeiterin: RAin Lea Voigt

B. zuständig für die Buchstaben N-Z und die Bremerhavener Rechtsanwälte
Rechtsanwalt Thomas Morgenstern, Vorsitzender
Rechtsanwalt Dr. Jochen Bachmann
Rechtsanwalt Rouven Plöger
Rechtsanwalt Philip Martel
Vertreterin: Rechtsanwältin Dr. Monika Beckmann-Petey

nicht stimmberechtigter ständiger Mitarbeiter: RA Dr. Jochen Böning

Aufsichtssachen 2023

108 Aufsichtssachen

Im Berichtsjahr neu eingegangen	76 Beschwerden
aus dem Jahr 2022 übernommen	<u>32 Beschwerden</u>
	108 Beschwerden

Diese wurden wie folgt erledigt:

Unbegründet	35 Beschwerden
-------------	----------------

Erledigt durch Hinweis, Vermittlung, Rücknahme der Beschwerde, anderweitig	21 Beschwerden
--	----------------

Rüge	6 Beschwerden
------	---------------

Abgabe an die Generalstaatsanwaltschaft	10 Beschwerden
---	----------------

übernommen in das Geschäftsjahr 2024	<u>36 Beschwerden</u>
	108 Beschwerden

Die Statistik erfasst nicht die zahlreichen Beschwerden ohne berufsrechtlichen Bezug (Unzufriedenheit mit ausbleibenden Erfolgen, Beschwerden betreffend rechtliche Schritte des gegnerischen Anwalts etc.). Diese Eingaben werden unter Erteilung entsprechender Hinweise im verkürzten Verfahren beschieden.

In 45 Verfahren wurde im Jahr 2023 zwischen Rechtsanwalt und Mandant bzw. unter Kollegen vermittelt.

Geldwäscheaufsicht

Untersuchungszeitraum war das Kalenderjahr 2022. Nach dem Zufallsprinzip ausgesuchte etwa 10 Prozent der Kammermitglieder wurden mit einem ersten Fragebogen angeschrieben, um festzustellen, ob es sich um Verpflichtete gem. § 2 Abs. 1 Nr. 10 GwG handelt. Im zweiten Schritt wurden etwa 10 Prozent der festgestellten Verpflichteten mit einem Erhebungsbogen angeschrieben, in welchem die Pflichten nach dem Geldwäschegesetz detailliert abgefragt wurden. Die Überprüfung für das Kalenderjahr 2022 ist noch nicht abgeschlossen.

Der Prüfvorgang über das Kalenderjahr 2021 wurde 2023 abgeschlossen. Aufgetretene Widersprüche konnten im Rahmen der Aufsichtsverfahren aufgeklärt werden. Es erfolgten insbesondere Hinweise zum Aufbewahrungsort der Unterlagen, zur Einhaltung der Vorschriften aus dem GwG (von einer Aufbewahrung in der Mandatsakte wird abgeraten) und zur Optimierung von Risikoanalysen.

Weitere Ausschüsse

Fachausschüsse nach § 17 FAO (Vorprüfungsausschüsse)

Arbeitsrecht

RA Jörg Steinhauer (Vorsitzender)
RAin Nicole Lüttringhaus
RAin Dr. Pelin Ögüt
RA Sebastian Böhnke

Sozialrecht

RA Jan-Uwe Maucksch (Vorsitzender)
RAin Frauke Meyer
RA Markus Hoppe

Steuerrecht

RA Dr. Alexander Pallas (Vorsitzender)
RA Dr. Robert Hintze
RA Dr. Dirk Weitze-Scholl
RA Dr. Jens-Uwe Nölle
RA Dr. Andreas Holzhüter

Verwaltungsrecht

RA Dr. Nicolai Rosin (Vorsitzender)
RAin Dr. Claudia Nottbusch
RA Dr. Andreas Reich

Familienrecht

RAin Ulrike Gollub-Schmel (Vorsitzende)
RA Manfred Christoph
RAin Susann Töbelmann
RAin Dr. Alexandra Kasten

Strafrecht

RA Armin von Döllen (bis 01.06.2023)
RA Felix Deutscher (Vorsitzender)
RAin Lea Voigt
RAin Maren Pallas (ab 01.06.2023)

Insolvenzrecht

RA Dr. Malte Köster (Vorsitzender)
RA Axel Gerbers
RA Tim Beyer

Versicherungsrecht

RA Wolfgang Noll (bis 29.10.2023)
RA Dr. Stefan Hoelt
RA Jan-Uwe Maucksch
RA Volker Wohlers

Medizinrecht

RA Rudolf Gläser (Vorsitzender)
RA Claus Pfisterer
RAin Dr. Birgit Berninghausen

Erbrecht

RA Dr. Alexander Rosenboom
RAin Gisela Eggert
RA Dierk Pohl

RA Carsten Geschke

RA Dr. Björn Winkler (Vorsitzender)

**Transport- u. Speditionsrecht
(gemeinsamer Ausschuss der
norddeutschen RAKn)**

RA Dr. Stefan Hoeft
RA Philipp Terhoeven

Miet-u. Wohnungseigentumsrecht

RA Roland Hasch (Vorsitzender)
RAin Sigrid Mumm
RA Christian Sittartz
RAin Stefanie Bressel

Bau- und Architektenrecht

RA Heinrich Immoor (Vorsitzender)
RA Dr. Jan-Martin Zimmermann
RA Dr. Tammo Vitens

Verkehrsrecht

RA Thomas Forke (Vorsitzender)
RA Dr. Kay Gunkel
RAin Sylvia Schwarz-Wohlers

Handels- u. Gesellschaftsrecht

RA Dr. Detlev G. Gross LL.M. (Vorsitzender)
RA Jörn Linnertz
RA Dr. Matthias Boehme
RA Dr. Götz Grevesmühl

Gewerblicher Rechtsschutz

RA Dr. Hendrik Bolte (Vorsitzender)
RA Malte Nentwig
RA Dr. Julian Eberhardt
RA Dr. Jan Nollmann

**Urheber-u. Medienrecht
(gemeinsam mit den RAKn Celle,
Braunschweig, Oldenburg u.
Schleswig-Holstein)**

Bremer Mitglied:
RA Michael v. Rothkirch

**Informationstechnologierecht
(gemeinsam mit den RAKn Celle,
Braunschweig, Oldenburg u.
Schleswig-Holstein)**

Bremer Mitglied: RAin Judith Wübbelmann

**Internationales Wirtschaftsrecht
(gemeinsam mit den RAKn Celle,
Braunschweig, Oldenburg
u. Schleswig-Holstein)**

Bremer Mitglied:
RA Dr. Thomas Brinkmann

Vergaberecht

RA Turgut Pencereci (Vorsitzender)
RA Dr. Jan van Dyk
RA Dr. Martin Vogelsang (bis 14.07.2023)
RA Dr. Cecil Hamann

Migrationsrecht

RA Albert Timmer (Vorsitzender)
RA Rolf Wodtke
RA Thorsten Müller
RAin Swantja Meyer-Mews

Bank- und Kapitalmarktrecht

RAin Dr. Petra Brockmann (Vorsitzende)
RA Dr. Andreas Meyer im Hagen
RA Dr. André Ehlers

Sportrecht

RA Dr. Joachim Asendorf (Vorsitzender)
RA Dr. Lars Figura
RA Michael Nitschke

**Bremer Mitglieder in Ausschüssen/Arbeitsgruppen etc.
der Bundesrechtsanwaltskammer**

RA Dr. Jochen Bachmann
RA Bernhard Docke
RA Dr. Peer Koch
RA Jan Büsing

Steuerrecht
Menschenrechte
Gesellschaftsrecht
Presse-/Öffentlichkeitsarbeit

Satzungsversammlung bei der BRAK

RAin Edith Kindermann
RA Jan Büsing (als Präsident der HRAK Bremen; ohne Stimmrecht)

RA Wolf Schröder (Vertreter)

4. Finanzbericht 2023 (Kurzfassung)

EUR

I. Vermögen der Kammer am 01.01.2023 **369.898,06**

Einnahmen:

Kammerbeiträge 630.568,74

Geschäftskostenanteil der
Bremer Notarkammer 63.000,00

Verwaltungsgeb. Fachanwalt/Zulassung 32.205,00

Sonstige Einnahme aus Vermögen,
Prüfungskosten-Erstattung, Ordnungs-
strafen etc. 41.349,03
767.122,77

Einnahmen 2023 plus Anfangsbestand 1.137.020,83

Ausgaben:

Pers. Verwaltungsausgaben 363.671,82

Sachl. Verwaltungsausgaben, Geschäftsstelle 101.272,21
Beiträge zur BRAK/sonstige Beiträge 209.844,00

Berufsausbildung ReNo 20.147,03
Anwaltliche Fortbildung,
Referendarausbildung 6.891,26

Aufwendungen Vorstand, AGH,
Veranstaltungen, Abwicklungen etc. 79.699,82
Ausgaben 781.526,14

Vermögen der Kammer am 31.12.2023 **355.494,69**

5. Ausbildung zur ReNo-Fachangestellten und Prüfungswesen Prüfungsausschüsse Bremen für die Abschlussprüfung zur Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten

Ronja Tietje (Vors. Ausschuss A)

RAin Diana Stubbmann (Vors. Ausschuss B)

Anwaltliche Mitglieder

RAin Kaja Woltmann-Becke

RA Dr. Martin Schmitz

RA u. Notar Wolf Schröder

RA Sebastian Gorontzy

RA und Notar Carsten Geschke

RA u. Notar Malte Lehmkuhl

RA u. Notar Dr. Georg-Wilhelm Bieniek

RA u. Notar a. D. Jan-Alfred Meyer-Diekema

RAin Anja Arendt

Prüfungsausschuss Bremerhaven für die Abschlussprüfung zum Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten

Steffi Bresemann (Vorsitzende)

Anwaltliche Mitglieder

RA u. Notar Rouven Plöger, RAin Alice Gonschorek, RAin u. Notarin Evelyn Lenz-Jakubczyk,

RAin Dorothea Fensak

Ausbildungsberaterin

Ronja Tietje

Ausbildungsbeirat am Schulzentrum Grenzstraße, Bremen

RAin Barbara Kopp

am Schulzentrum Bürgermeister-Smidt, Bremerhaven

RA u. Notar Dr. Sven Klook

Vertreter: RA u. Notar Rouven Plöger

Berufsbildungsausschuss

Vorsitzende: Ronja Tietje

Anwaltliche Mitglieder: RAin Diana Stubbmann (stellv. Vors.), RAin Evelin Freundt, RAin Kaja Woltmann-Becke, RA u. Notar a. D. Jan-Alfred Meyer-Diekema, RA u. Notar Rouven Plöger, RAin Julia Vinnen

Anwaltliche Stellvertreter: RAin Anja Siebenmorgen-Kölle, RA Sebastian Gorontzy, RA u. Notar Carsten Geschke, RA u. Notar Malte Lehmkuhl, RA Sven-Oliver Goes, RA Renzo Hille

6. Ausbildung der Referendare Einführungslehrgang der Referendare

RAin E. Kindermann

RA Dr. Zänker

RA Dr. L. Konukiewitz

RA Dr. Weitze-Scholl

RA R. Stempel

Leitung von Arbeitsgemeinschaften der Referendare

RAin J. Schönfeld

RA R. Küchen

RA B. Sültmann

RA G. Schäfer

RAin S. Mumm

RA Dr. M. Boehme

RA Dr. Dix

RA Dr. Zänker

RA Dr. Rosenboom

RAin A. Berghaus

RAin Arendt

RA Prof. Dr. Pollähne

RA Dr. L. Konukiewitz

7. Anwaltsgerichtsbarkeit

Anwaltsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen

Präsidentin des Anwaltsgerichtshofs: RAin Dr. Claudia Nottbusch

1. Senat:

Vorsitzender: RA Prof. Dr. Helmut Pollähne
Anwaltliche Beisitzer: RA Dr. Jürgen Bechtloff
RA Claus Pfisterer
RA Dr. Christian Schultz-Bleis

2. Senat:

Vorsitzender RAin Dr. Claudia Nottbusch
Anwaltliche Beisitzer: RA Lothar Holger Fiedler
RA Lutz Franke
RAin Julia Schönfeld

Richterliche Beisitzer:

Dr. Haberland, Vizepräsident des HOLG Bremen, VRIOLG Lüttringhaus, RiOLG Dr. Böger, Kelle, Dr. Kunte, Hoffmann, Küchelmann, Dr. Kramer.

Beim Anwaltsgerichtshof waren am 1. Januar 2023 5 Verfahren anhängig. Im Laufe des Berichtsjahres kamen 2 Verfahren hinzu, 2 Verfahren wurde erledigt. Es sind noch 5 Verfahren anhängig.

Anwaltsgericht für den Bezirk der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer Bremen

Geschäftsleitender Vorsitzender: RA Klaus-Christian Echte (bis 31.10.2023)

RAin Arnike Duensing (ab 01.11.2023)

1. Kammer

Vorsitzende: RAin Arnike Duensing
1. Stellvertreterin: RAin Uta Externest
2. Stellvertreter: RA Dr. Andreas Gabbey (bis 31.11.2023)
RA Stefan Hoffmann (ab 01.11.2023)
1. Beisitzerin: RAin Uta Externest
Stellvertreter: RA Lutz Franke (31.01.2023)
RA Felix Deutscher (ab 01.11.2023)
2. Beisitzer: RA Dr. Andreas Gabbey
Stellvertreter: RA Stefan Hoffmann (bis 31.10.2023)
RA Dr. Jobst-Christian Kasten (ab 01.11.2023)

2. Kammer

Vorsitzender: RA Klaus-Christian Echte (bis 31.10.2023)
RA Stefan Hoffmann (ab 01.11.2023)
1. Stellvertreter: RA Dr. Olaf May
2. Stellvertreterin: RAin Dominique Köstens
1. Beisitzer: RA Dr. Olaf May
Stellvertreter: RA Stefan Hoffmann (bis 31.10.2023)
RA Dr. Jobst-Christian Kasten (ab 01.11.2023)
2. Beisitzerin: RAin Dominique Köstens
Stellvertreter: RA Dr. Andreas Gabbey

Am 1. Januar 2023 waren beim Anwaltsgericht 6 Verfahren anhängig. Im Laufe des Jahres 2023 kamen 9 neue Verfahren hinzu und es wurden 3 Verfahren erledigt, so dass am 31. Dezember 2023 12 Verfahren anhängig waren.

Jan Büsing
Präsident